

ORIGINAL ARTIKEL:

<https://www.insiciliareport.it/pavol-e-michaela-attivisti-instancabili-per-la-verita-e-per-la-giustizia-so-no-in-pericolo-la-loro-storia-riguarda-tutti-noi/>

Pavol e Michaela, aktivisti instancabili per la verità e per la giustizia, sono in pericolo. La loro storia riguarda tutti noi

Avatar photo Di **Redazione il 17 Mag 2026**

DEUTSCH:

Pavol und Michaela, unermüdliche Aktivisten für Wahrheit und Gerechtigkeit, sind in Gefahr. Ihre Geschichte betrifft uns alle

Sie haben bereits die Vergeltung eines Machtapparates erfahren, der keinerlei Grenzen akzeptiert, Gesetze mit Füßen tritt und durch Einschüchterung sowie Machtmissbrauch Schweigen erzwingen will.

Die Abfolge der gegen sie gerichteten Maßnahmen lässt alle Alarmglocken schrillen. Ein Alarm, den niemand als fern oder bedeutungslos betrachten darf.

Österreich ist Mitgliedstaat der Europäischen Union und damit an sämtliche Verpflichtungen gebunden, die den Schutz individueller Rechte, unverzichtbare rechtsstaatliche Garantien und die Transparenz staatlichen Handelns betreffen. Zugleich liegt das Land im Herzen Europas und grenzt an acht Staaten – darunter Italien, mit dem Österreich historisch eng verbunden ist.

Vor allem aber betrifft der Fall der beiden globalen Reporter der zivilen Antimafia jeden Menschen, für den Wahrheit, Gerechtigkeit, fundamentale Menschenrechte und die Achtung rechtsstaatlicher Prinzipien noch eine Bedeutung besitzen.

In einer verzerrten Realität, geformt von einer Macht, die sich selbst über Recht und Gesetz stellt, Grenzen niederreißt und zunehmend autoritär agiert, könnte die Geschichte, die wir hier erzählen, als belanglos erscheinen – beinahe als „Nicht-Nachricht“. Doch nur deshalb, weil in einer solchen Realität das Recht missachtet, legitime staatliche Autorität in Willkür verwandelt und die Opfer systematisch ihrer Rechte beraubt werden.

Gerade diese vermeintliche „Nicht-Nachricht“ ist jedoch – im Licht der Wahrheit und eines ehrlichen, unabhängigen Journalismus – eine erschütternde Geschichte von enormer Tragweite. Eine Geschichte, die auf jede Titelseite gehört. Eine Geschichte über politischen und mafiösen Vernichtungsdruck sowie über mögliche Umweltverbrechen.

Sie spielt sich in Österreich ab und ist die Fortsetzung jener dramatischen Ereignisse, über die bereits im August 2023 berichtet wurde und die Pavol Pribela sowie Michaela Povalová betreffen. Um die aktuellen Entwicklungen vollständig zu verstehen, empfehlen wir unseren Lesern, auch die Webseite von Pavol und Michaela zu konsultieren.

Seitdem haben Pavol und Michaela – Reporter für Wahrheit und Gerechtigkeit, nicht aus freier Entscheidung, sondern aus Notwendigkeit als Betroffene eines undurchsichtigen Machtapparates – weder Gerechtigkeit erfahren noch Schutz erhalten. Im Gegenteil: Sie wurden neuen und schwerwiegenden Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt, die ihr Leben ernsthaft gefährden.

Die Gesamtheit der Ereignisse und ihr Kontext lassen den Schluss zu, dass Pavol Pribela und Michaela Povalová möglicherweise Schlüsselfiguren in einem Korruptions- und Umweltkriminalitätskomplex sind, der bis in hohe Kreise der steirischen Politik und Polizei reichen könnte.

Der Fall „Tschernobyl-Schanz“ und das Netzwerk der Macht

Pavol und Michaela entdeckten und dokumentierten eine illegale Asbestdeponie oberhalb einer Hochdruckwasserleitung in Fischbach. Nach den bisherigen Erkenntnissen könnte diese Deponie durch lokale politische Strukturen rund um Bürgermeisterin Silvia Karelly sowie durch ein Netzwerk um Herbert Holz knecht aus Hallein geschützt worden sein.

Chronologie der jüngsten Angriffe: medizinische Sabotage und psychischer Druck

Die Polizeiinspektion Ratten hielt Pavol – einen Krebspatienten mit Lebermetastasen und COPD II – fünf Stunden lang in einem ungeheizten Fahrzeug bei eisigen Temperaturen fest. Sein

Gesundheitszustand verschlechterte sich daraufhin massiv; der Entzündungswert CRP stieg von 1,67 auf 17.

Noch gravierender: Aufgrund dieses Vorfalles konnte Pavol einen lebenswichtigen MRT-Termin zur Tumordiagnostik nicht wahrnehmen. Die Untersuchung wurde um einen Monat verschoben – mit potenziell lebensgefährlichen Folgen.

Bewaffnetes Eindringen auf Privatgrundstück

Während Pavol notfallmäßig im LKH Weiz behandelt wurde, zeichneten Überwachungskameras vier Männer auf – darunter bewaffnete Polizeibeamte und Zivilpersonen –, die widerrechtlich das Privatgrundstück betraten.

Die dokumentierten Aufnahmen lassen den Verdacht einer gezielten Einschüchterungsaktion entstehen, möglicherweise auch mit dem Ziel zu überprüfen, ob die Betroffenen bereits „neutralisiert“ worden seien.

Manipulation gerichtlicher Dokumente

Nach Angaben der Betroffenen wurden manipulierte Vorladungen zugestellt, die ohne Zustimmung der Staatsanwaltschaft erstellt worden sein sollen. Ziel sei es gewesen, Pavol und Michaela durch unbegründete Vorwürfe im Zusammenhang mit ihrer Plattform antimafia.at zu kriminalisieren.

Die Generalstaatsanwaltschaft bestätigte inzwischen die Weiterleitung der Akten an die Staatsanwaltschaften Linz und Graz wegen des Verdachts auf Amtsmissbrauch.

Schockierende toxikologische Expertise

Professor Leoluca Criscione, international anerkannter Wissenschaftler und Nobelpreis-Nominierter, kam laut vorliegenden Unterlagen zu dem Schluss, dass das Paar systematisch mit 1,2-Dichlorethan vergiftet worden sei – in Konzentrationen, die das zulässige Limit um das 160-Fache überschritten.

Nach dieser Einschätzung könnte die Vergiftung Teil eines gezielten Versuchs gewesen sein, die beiden physisch zu eliminieren.

Appell an internationale Medien und Institutionen

Nach Ansicht von Pavol und Michaela versuchen lokale Behörden in der Steiermark, den Fall zu vertuschen. Die über der Asbestdeponie errichtete Steinmauer diene ihrer Auffassung nach dazu, Beweise vor der angeordneten technischen Untersuchung des Bezirks Mürzzuschlag verschwinden zu lassen.

Deshalb fordern sie internationalen Schutz. Sie befürchten, dass Teile der lokalen Strukturen entweder in die Vorgänge involviert sind oder diesen zumindest nicht unabhängig gegenüberstehen.

Eine Eskalation, die alle Lebensbereiche zerstört

„Wir erleben derzeit eine extrem schwierige Zeit – menschlich wie rechtlich“, erklären Pavol und Michaela.

Nachdem sie auf mögliche Unregelmäßigkeiten hingewiesen hatten, seien Schritt für Schritt Maßnahmen gesetzt worden, die sämtliche Bereiche ihres Lebens betroffen hätten: Verlust der Mobilität, juristische und administrative Maßnahmen, zunehmender Druck – und schließlich auch der Verlust von Arbeitsplätzen.

Besonders schmerzhaft war jedoch ein anderer Verlust.

Zwei Tage nach Erhalt der gerichtlichen Kündigung ihres Mietverhältnisses starb ihr Hund Riki in Pavols Armen.

„Er hielt dem Druck nicht mehr stand“, erzählen sie.

Kurz nach Rikis Tod informierte Michaela während ihres Dienstes bei der Post ihren Vorgesetzten darüber, dass sie aufgrund der dramatischen Situation ihre Arbeit abbrechen müsse. Die Reaktion sei die sofortige Kündigung gewesen.

Riki – Symbol eines zerstörten Lebens

Das Buch, das Pavol seinem Hund Riki widmete, ist weit mehr als eine persönliche Erinnerung. Es ist das Zeugnis eines Lebewesens, dessen stille Nähe ihm Kraft gab, weiterzukämpfen.

Pavol erklärt darin, dass er Riki stets vor der Öffentlichkeit schützen wollte. Doch der massive psychische Druck, die juristischen Konflikte, SLAPP-Klagen und schließlich die drohende Vertreibung aus dem Zuhause hätten den Hund letztlich gebrochen.

Neue besorgniserregende Entwicklungen

Inzwischen erhielten Pavol und Michaela eine offizielle Stellungnahme der BH Weiz zum Fall der am 04.03.2026 beschlagnahmten Kennzeichen.

Darin heißt es, die Polizei habe ihr Fahrzeug mehrfach „im Gebiet“ gesehen. Die Betroffenen weisen jedoch darauf hin, dass sie völlig abgelegen leben und das Auto hinter dem Haus verborgen zwischen Bäumen steht und von der Straße praktisch nicht sichtbar sei.

Im Dokument werden außerdem wiederholt Streifen der PI Ratten und PI Kindberg erwähnt – genau jener Dienststellen, die laut Pavol und Michaela regelmäßig Kontakt zu jener Person haben sollen, die fortlaufend Anzeigen gegen sie erstattet.

Es existieren zudem Nachrichten, in denen diese Person offen erklärt habe, sie habe „die Polizei gerufen“ und man werde dafür sorgen, dass die Situation für Pavol und Michaela „sehr unangenehm“ werde.

Der Beamte, der die Kennzeichen beschlagnahmte, habe laut den Betroffenen wesentliche Tatsachen verschwiegen: dass sie freiwillig zur Polizei gegangen seien, dass Pavols schwerer Gesundheitszustand bekannt gewesen sei, dass ein dringender MRT-Termin unmittelbar bevorstand und dass das Fahrzeug ordnungsgemäß in Österreich angemeldet worden war.

Infolge der Kennzeichenabnahme konnte Pavol die medizinisch notwendige Untersuchung nicht durchführen lassen.

Später kontrollierte derselbe Beamte Pavol erneut, während Michaela freiwillig weitere Unterlagen auf der Dienststelle abgab. Dabei habe der Beamte sogar Bezug auf ein Facebook-Foto genommen, was bei ihnen den Eindruck erweckte, dass auch ihre sozialen Netzwerke überwacht würden.

Hinweise an das BAK und die Europäische Kommission

Bereits im Januar 2026 hatten Pavol und Michaela das BAK (Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung) informiert, nachdem ihr Vermieter, Professor Hermann Wolf, massive Sorgen um ihre Sicherheit geäußert und sogar von einem möglichen Anschlag gesprochen hatte.

Dennoch seien keinerlei Schutzmaßnahmen erfolgt. Stattdessen habe sich der Druck weiter verstärkt.

Parallel dazu wurde Petra Reski darüber informiert, dass die Beschwerde bei der Europäischen Kommission offiziell unter der Nummer CPLT(2026)01577 registriert wurde und mittlerweile geprüft wird.

Strategische Grundstücksgeschäfte und Umwidmungen

Aus Sicht von Pavol und Michaela ergibt die gesamte Ereigniskette inzwischen ein klares Gesamtbild:

Bereits 2023 begannen strategische Grundstücksankäufe im Bereich Schanz/Fochnitz. Zwischen 2024 und 2025 folgten Umwidmungen und Änderungen der Flächennutzung, die unmittelbar mit diesem Gebiet zusammenhängen.

GIS-Dokumente zeigen zudem, dass Teile des Gebiets als „Sondernutzung im Freiland für Sportzwecke“ ausgewiesen sind – innerhalb eines Areals, das unter die Alpenkonvention fällt.

Gleichzeitig existiert ein Vorkaufsrecht zugunsten von Marlene Krenn, während Harald Kaiser im Gemeinderat Fischbach aufscheint und zugleich Verbindungen zur Schanz Sonnenlift GmbH bestehen.

Im Jahr 2024 erfolgte zudem eine weitere Umwidmung durch das Umfeld von Bürgermeisterin Silvia Karelly, die aus Sicht der Betroffenen lediglich pro forma durchgeführt worden sei. Eigentümer, die möglicherweise Grundstücke oder deren Wert verlieren könnten, seien über die realen Konsequenzen nicht ausreichend informiert worden.

In diesem Zusammenhang begannen Pavol und Michaela auf mögliche Bauprojekte, wirtschaftliche Interessen hinter den Umwidmungen, den Verdacht illegal vergrabener Baumaterialien, mögliche Asbestreste sowie Umwelt- und Wasserrisiken im Gebiet der Alpenkonvention hinzuweisen.

Kurz darauf habe sich der Druck gegen sie massiv verschärft.

Besonders brisant erscheint dabei ein offizielles Schreiben der Abteilung 13 des Landes Steiermark, das unmittelbar nach der gerichtlichen Kündigung zugestellt wurde. Darin taucht plötzlich ausdrücklich die Formulierung auf:

„geplante Umwidmung des Grundstückes samt Errichtung eines Penthouses“.

Genau diese Information war zuvor nie öffentlich bekannt.

Später heißt es im selben Dokument jedoch gleichzeitig, es habe nicht festgestellt werden können, dass die Umwidmung der eigentliche Grund für das Vorgehen der Behörden gewesen sei oder dass ein offizielles Bauverfahren für ein Penthouse existiere.

Gerade darin sehen Pavol und Michaela den zentralen Widerspruch: Sie hätten niemals behauptet, dass bereits eine endgültige Baugenehmigung für ein Penthouse vorliege. Ihrer Ansicht nach sei jedoch klar erkennbar, dass strategische Grundstücksankäufe und spekulative Interessen eine entscheidende Rolle spielen – noch vor der Wahrung von Rechten und rechtsstaatlichen Prinzipien.

Alles begann mit einer ebenso einfachen wie schmerzhaften Frage:
Was hat meine Gesundheit zerstört?

Keine Wut. Keine Anschuldigungen. Nur das stille Bedürfnis zu verstehen. Denn der Körper lügt nicht. Die Lunge lügt nicht. Der Atem, der Jahr für Jahr schwerer wird, lügt nicht.

Die Antworten kamen nicht aus Emotionen, sondern aus Dokumenten. Aus einem Flächenwidmungsplan, der eindeutig zeigte, dass das Gebäude, in dem wir lebten, niemals für dauerhaftes menschliches Wohnen vorgesehen war. Aus offiziellen Akten, in denen von Drogenproduktion im selben Gebäude die Rede ist. Aus Luftmessungen, die Stoffe nachwiesen, die dort niemals hätten vorhanden sein dürfen. Und schließlich aus einem medizinischen Bericht einer staatlichen Institution, in dem nüchtern und ohne jede Dramatisierung festgehalten wurde: In diesem Gebäude gab es Emissionen, der Patient lebte dort, und der Gesundheitszustand sei mit diesen Umständen vereinbar.

So zeigt sich Wahrheit manchmal: leise, offiziell, sachlich. Und doch erzählt sie die Geschichte

einer zerstörten Gesundheit.

Man könnte erwarten, dass sich an diesem Punkt ein funktionierender Rechtsstaat bewegt. Dass jemand sagt: Hier ist etwas Schwerwiegendes geschehen. Hier wurde versagt. Hier muss gehandelt werden.

Doch genau das geschah nicht.

Jede Behörde bearbeitete nur ihr eigenes Dokument. Eine kümmerte sich um Flächenwidmung, eine andere um Drogendelikte, eine weitere um Lungenerkrankungen. Niemand legte all diese Unterlagen auf denselben Tisch. Und so zerfiel die Wahrheit in voneinander getrennte Akten.

Als wir jedoch begannen, diese Zusammenhänge selbst zusammenzuführen, wurden plötzlich wir zum Problem.

Währenddessen wurde im selben Umfeld über Netzwerke, Beziehungen, auffällige Mietverhältnisse und besondere Rechte an Immobilien gesprochen. Es wurde spekuliert, diskutiert, untersucht. Doch die Menschen, deren Gesundheit innerhalb dieses Systems zerstört wurde, blieben außerhalb des eigentlichen Bildes. Das Netzwerk war interessant. Die gesundheitlichen Folgen offenbar nicht.

Dann taten wir etwas, das man uns offenbar nicht verzeiht:

Wir stellten offiziell und schriftlich einen Antrag auf Entschädigung gegenüber dem Staat.

Sachlich. Formal. Objektiv.

Und genau in diesem Moment begann sich etwas zu bewegen. Nicht in Richtung Wahrheit – sondern gegen uns.

Plötzlich tauchten anonyme Anzeigen auf. Neue Gutachten. Personen, die mit dem ursprünglichen Ort der Ereignisse nichts zu tun hatten, drangen aus einem anderen Bezirk, aus einem völlig anderen Kontext, in unser Leben ein – stets mit demselben Ziel: Zweifel säen, destabilisieren, zermürben.

Als hätten die langen Arme eines Systems genau gewusst, wo sie uns finden.

Fischbach.

Ein Ort, der mit unserer Gesundheit ursprünglich nichts zu tun haben dürfte, wurde plötzlich zum Schauplatz von Druck, Verfahren und Eingriffen. Zeugen berichten von Kontakten, Kommunikation und Verbindungen, die aus unserer Sicht nur eines verdienen: eine unabhängige Überprüfung.

Nicht als Medienspektakel. Sondern als rechtsstaatliche Pflicht.

Und über einen weiteren Punkt wird kaum gesprochen: den Schutz von Zeugen.

Wir haben darum gebeten. Wir haben darum gefleht. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, dass der Druck eskaliert und längst nicht mehr nur uns betrifft.

Die Antwort war Schweigen.

Genau hier verliert eine Demokratie ihre mutigsten Menschen – jene, die sich dem Unrecht nicht aus freiem Willen entgegenstellen, sondern weil ihnen kein Raum mehr bleibt, um weiter zurückzuweichen.

Der ehemalige slowakische Sonderstaatsanwalt Daniel Lipšic formulierte Worte, die auch in diesem Fall bedrückend aktuell erscheinen:

„Mafiosi und Wirtschaftskriminelle stehen auf der Seite von Verbrechen und Korruption. Von ihnen habe ich niemals etwas Gutes erwartet. Politiker, Richter, Staatsanwälte und Polizisten jedoch haben bei Amtsantritt einen Eid auf das Gesetz abgelegt. Jene, die diesen Eid verraten und sich mit Kriminellen verbündet haben, sind für mich schlimmer als Mafiosi und gewöhnliche Verbrecher.“

Das ist kein Aufschrei. Es ist eine Warnung.

Diese Geschichte ist keine mediale Jagd auf Schuldige. Sie ist die schmerzhafteste Erkenntnis, dass der größte Schaden nicht allein durch Täter entsteht, sondern durch das Schweigen eines Staates, der Zusammenhänge auseinanderreißt, damit niemals ein vollständiges Bild entsteht.

Wenn Menschen, die nach Wahrheit suchen, selbst zum Problem erklärt werden.

Wenn gesundheitliche Folgen angezweifelt werden, anstatt nach ihren Ursachen zu suchen.

Und dennoch bleibt in all dem etwas bestehen, das nicht zerstört werden kann: Menschlichkeit. Und das Bedürfnis nach Ehrlichkeit.

Denn am Ende dieser Geschichte stehen weder Politik noch Behörden oder Netzwerke.

Am Ende steht nur eine einfache Frage:

Wenn Ihnen das passiert wäre – würden Sie nicht auch wollen, dass endlich jemand alle Dokumente auf denselben Tisch legt und die Wahrheit ausspricht?

Und vielleicht noch eine letzte, noch schmerzhaftere Frage:

Ist all das auch deshalb geschehen, weil ich nicht in Österreich geboren wurde, während andere Beteiligte in ihrer Geburtsurkunde die Worte „Republik Österreich“ tragen?

Wenn Anzeigen gewöhnliche Menschen betreffen, reagiert das System sofort.

Wenn sie jedoch institutionelle Akteure oder einflussreiche Personen berühren, beginnen Ermittlungen oft nicht einmal.

Der größte moralische Zusammenbruch eines Menschen besteht nicht allein darin, einem anderen Menschen Schaden zuzufügen. Der tiefste Abgrund beginnt dort, wo etwas vollkommen Unschuldiges zum Schweigen gebracht wird – etwas, das sich nicht verteidigen kann, nicht sprechen kann, nicht lügen und nicht manipulieren kann: ein Tier, das nur aus Vertrauen und Hingabe lebt.

Ein Hund liebt bedingungslos. Ohne Erwartungen. Ohne Berechnung. Und wenn er spürt, dass sein Mensch in Gefahr ist, reagiert er nicht mit Logik, sondern mit dem Herzen – mit jenem Instinkt, der ihn dazu bringt zu schützen, selbst auf Kosten seines eigenen Lebens.

Riki war genau so.

Siebzehn Jahre lang war er Teil unseres Lebens, unserer Familie, unserer Tage und Nächte. Ein stiller Begleiter, der keine Worte brauchte, um alles auszudrücken, was er fühlte.

Er war bei uns, als sich unser Leben langsam veränderte. Als Druck, Angst und eine ständige Anspannung in unseren Alltag eindringen – nicht durch ein einziges Ereignis, sondern schleichend, Tag für Tag, bis daraus eine neue Realität wurde.

Er verstand keine Worte. Aber er spürte ihre Schwere. Ihre Spannung. Die Atmosphäre, die man nicht verbergen kann.

Er spürte, dass etwas nicht stimmte. Vielleicht mehr, als wir selbst bereit waren zuzugeben.

Er war bei uns, als Dinge ausgesprochen wurden, die niemand jemals hören sollte. Als unser Zuhause aufhörte, ein Ort des Friedens zu sein, und zu etwas anderem wurde – etwas Schwerem, Belastendem, etwas, das sich kaum beschreiben lässt und doch nicht ignoriert werden kann.

Und er trug all das mit uns. Ohne Möglichkeit, sich zu entfernen. Ohne zu verstehen. Nur mit jener grenzenlosen Treue, die Hunde besitzen.

Bis gestern.

Er starb in unseren Armen. Still. Ohne Widerstand. Als hätte er in diesem letzten Moment alles gegeben, was ihm noch geblieben war.

Dieser Schmerz lässt sich nicht in Worte fassen. Denn es geht nicht nur um Verlust. Es geht um die

Erkenntnis, dass etwas vollkommen Unschuldiges in eine Realität hineingezogen wurde, die ihm niemals hätte begegnen dürfen.

Und die ihn niemals das Leben hätte kosten dürfen.

Genau deshalb darf diese Geschichte nicht schweigend enden.

Nicht jene werden bestraft, die Unrecht begehen, sondern jene, die es offenlegen.

Das ist das eigentliche Handbuch des „Truth-Telling Punishment“.

Bereits im Jahr 2023 berichteten wir über einen Fall, der nicht nur Österreich, sondern auch die internationale Öffentlichkeit – einschließlich Italiens – erschütterte. Ein Fall, der deutlich macht, dass es sich nicht um einen gewöhnlichen Konflikt zwischen zwei Parteien handelt, sondern um ein Problem, das die Grundfesten des Rechtsstaates berührt.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass Menschen, die mögliche Rechtsverstöße melden, häufig nicht geschützt, sondern zunehmend unter Druck gesetzt werden. Die Gesellschaft erinnert sich an die Namen jener Journalisten und Hinweisgeber, die den höchsten Preis für ihre Suche nach Wahrheit bezahlt haben. Genau deshalb müsste jeder vergleichbare Fall sofortige Aufmerksamkeit hervorrufen – und nicht Schweigen.

Der Fall von Pavol und Michaela darf nicht als private Auseinandersetzung reduziert werden. Es geht um zwei Menschen, die nach eigenen Angaben auf schwerwiegende Unregelmäßigkeiten hingewiesen haben und seither einer dauerhaften Eskalation von Druck ausgesetzt sind, während Verfahren, die Antworten liefern sollten, entweder unvollständig bleiben oder ohne klare Konsequenzen enden.

Besonders alarmierend ist dabei ein Muster, das sich wiederholt: Jene, die auf Probleme aufmerksam machen, geraten schrittweise selbst in die Defensive, während die Gegenseite zunehmend die Rolle des Opfers einnimmt. Diese Umkehrung der Rollen verlangt eine ernsthafte und transparente Prüfung durch staatliche Institutionen.

Heute geht es längst nicht mehr nur um die Vergangenheit. Es geht um die Gegenwart – und vor allem um die Zukunft.

Wie kann ein Staat garantieren, dass Menschen, die mögliche Rechtsverletzungen melden, nicht unter Druck geraten, sondern geschützt werden? Wie kann er sicherstellen, dass Ermittlungen unabhängig geführt werden – unabhängig von Funktion, Einfluss oder politischer Stellung der Beteiligten? Und wie kann verhindert werden, dass Fälle wie dieser mit dem Verlust von Gesundheit, Würde oder Schlimmerem enden?

Denn inzwischen geht es nicht mehr nur um Pavol und Michaela. Es geht um die grundlegende Frage, ob ein demokratisches System überhaupt noch in der Lage ist, jene zu schützen, die den Mut haben zu sprechen.

Im August 2024 kamen wir nach Fischbach, nach Auf der Schanz, auf über 1200 Metern Seehöhe – mit einem völlig anderen Ziel als jenem, über das wir heute sprechen.

Wir kamen nicht, um zu fliehen. Wir kamen, um neu anzufangen.

Wir wollten einen Ort schaffen, der Sinn hat. Einen Ort, an dem Menschen, die Schmerz erlebt haben, innehalten, durchatmen und sich sicher fühlen können. Nicht bloß überleben, sondern wieder Frieden finden.

An dem Tag unserer Ankunft nahm ich Riki in den Arm, sah ihn an und sagte einen Satz, der zum Symbol eines neuen Lebens werden sollte:

„Ab heute hast du dein ganzes Leben lang nur noch Urlaub.“

Nach allem, was wir erlebt hatten, sollte dies ein Ort ohne Stress, ohne Druck und ohne Angst werden. Ein Ort, an dem das Leben langsamer wird und Stille wieder möglich ist.

Doch die Geschichte, die uns dorthin geführt hatte, war keine gewöhnliche.

Im Jahr 2020 ereignete sich etwas, das meinen Gesundheitszustand tiefgreifend veränderte und unser Leben dauerhaft beeinflusste. Die Folgen waren nicht nur körperlich, sondern zutiefst persönlich.

Nachdem wir vorübergehend zu meinen Eltern gezogen waren, begannen wir zu erkennen, dass das, was wir für abgeschlossen hielten, in Wahrheit gerade erst eine neue Dimension annahm.

Der Druck begann zuzunehmen – nicht zufällig, sondern systematisch. Situationen entstanden, die den Eindruck vermittelten, bestimmte Personen hätten ein Interesse daran, uns aus diesem Umfeld zu verdrängen und zu verhindern, dass bestimmte Informationen ans Licht gelangen.

Die Angst vor Wahrheit und Gerechtigkeit kann ein mächtiger Antrieb sein.

Aus unserer Sicht war genau dies der Motor der späteren Eskalation. Deshalb entschieden wir uns zu gehen.

Nicht in eine Stadt. Sondern an einen abgelegenen Ort. Einen Ort, an dem wir glaubten, endlich Ruhe und Abstand finden zu können.

Doch die Realität war eine andere.

Selbst dort, wo wir allein sein sollten, waren wir nicht allein. Menschen, die wir hinter uns lassen wollten, fanden Wege, uns weiterhin zu erreichen – nicht offen und direkt, sondern durch Druck, Ereignisse und eine schleichende Zerstörung jenes Lebens, das wir mühsam wieder aufzubauen versuchten.

Und genau hier beginnt eine Geschichte, die längst nicht mehr nur von Flucht handelt.

Sondern davon, dass man manchen Dingen nicht entkommen kann.

Im Zusammenhang mit diesen Ermittlungen tauchten immer wieder Fragen möglicher politischer oder systemischer Einflussnahme auf – darunter auch Zweifel an der Unabhängigkeit bestimmter Untersuchungen und am Umgang mit Informationen in sensiblen Verfahren. Themen, die inzwischen sogar Gegenstand parlamentarischer Debatten geworden sind.

Gerade in diesem Umfeld traten Menschen hervor, die versuchten, gegen den Strom zu schwimmen, Dinge beim Namen zu nennen und Ermittlungen voranzutreiben.

Nicht alle schafften es.

Es wurden Berichte über Druck, Drohungen sowie Versuche bekannt, bestimmte Ermittlungsstränge zu bremsen oder vollständig zu blockieren. Situationen, in denen Entscheidungen offenbar nicht nur fachlich oder juristisch motiviert waren, sondern von Faktoren beeinflusst wurden, über die öffentlich nie gesprochen wurde.

Dann kam eine Nachricht, die selbst jene erschütterte, die diese Vorgänge nur aus der Distanz beobachteten: der Tod einer Person, die mit diesen Themen in Verbindung stand.

Offiziell abgeschlossen.

Und dennoch blieb für viele im Kontext aller vorherigen Ereignisse eine offene Frage bestehen.

Nicht weil es einfache Antworten gäbe. Sondern weil die Abfolge der Ereignisse, die geschilderten Drucksituationen und die bekannten Umstände ein Bild entstehen ließen, das sich nicht einfach ignorieren ließ.

Genau in dieser Zeit suchten wir einen Ort, an dem wir in Ruhe leben konnten. Mit Abstand. Weit weg von allem.

Doch manche Dinge enden nicht einfach dadurch, dass man sie hinter sich lassen möchte.

Im Versuch, uns mit rechtsstaatlichen Mitteln zu verteidigen, machten wir von einem Instrument

Gebrauch, das jeder Demokratie selbstverständlich sein sollte: Wir stellten einen offiziellen Antrag auf Entschädigung für Schäden und Maßnahmen, die wir als ungerechtfertigt und dokumentierbar betrachteten.

Es war keine emotionale Entscheidung.

Es war ein logischer Schritt von Menschen, die sich an staatliche Institutionen wenden – in der Erwartung, dass Fakten objektiv, unabhängig und auf Grundlage konkreter Beweise bewertet werden.

Die Antwort kam.

Kurz. Endgültig.

Auf Basis der vorgenommenen Prüfungen lägen keine Hinweise auf rechtswidriges oder schuldhaftes Verhalten staatlicher Organe vor; daher werde der Entschädigungsantrag abgewiesen.

Ohne detaillierte Begründung.

Ohne eine Auseinandersetzung Punkt für Punkt.

Ohne Antworten auf die konkreten Umstände, die wir dargelegt hatten.

Nur ein Ergebnis.

Übersetzt in einfache Worte bedeutet das letztlich nur eines: Laut System ist das, was geschehen ist, niemals geschehen.

Und genau in diesem Moment befindet sich ein Mensch oft in einer noch schwierigeren Situation als während der eigentlichen Ereignisse selbst.

Nicht, weil die Antwort negativ ausfällt. Sondern weil es faktisch keine wirkliche Antwort ist.

Trotz allem, was um uns herum geschah, gaben wir das Wichtigste nicht auf: den Versuch, ein normales Leben aufzubauen.

Wir begannen, ein Haus zu renovieren, dessen Zustand nicht durch uns verursacht worden war, sondern durch jahrelange Vernachlässigung und Schäden früherer Nutzungen.

Es ging nicht um kleine Mängel.

Sondern um strukturelle Probleme: Feuchtigkeit, Schimmel, defekte Leitungen, beschädigte Konstruktionen und hygienische Zustände, die dringend behoben werden mussten, um das Gebäude überhaupt bewohnbar zu machen.

Vom ersten Tag an kommunizierten wir offen und transparent mit den Eigentümern. Wir informierten regelmäßig über den Zustand des Hauses, schlugen Lösungen vor und erklärten uns sogar bereit, einen Teil der Kosten selbst zu übernehmen, um die Situation zu stabilisieren.

Doch wir beließen es nicht bei Worten.

Wir handelten.

Schritt für Schritt reparierten wir die Elektrik, das Heizsystem, beseitigten hygienische Probleme und Schimmel, erneuerten Böden, organisierten die Entsorgung von Müll, kümmerten uns um die Kanalisation und zahlreiche weitere technische Mängel, die das Haus nicht nur unkomfortabel, sondern potenziell gefährlich machten.

Wir investierten eigenes Geld, organisierten Arbeiten, kauften Material und beauftragten Fachleute, um das Haus wieder in einen menschenwürdigen Zustand zu versetzen.

Und all das trotz eines massiv beeinträchtigten Gesundheitszustands.

Eine COPD im zweiten Stadium bedeutet Einschränkungen, die gesunde Menschen oft kaum nachvollziehen können: reduzierte körperliche Belastbarkeit, Atemprobleme und die Notwendigkeit, jede einzelne Kraftreserve sorgfältig einzuteilen.

Und dennoch gelang es uns, Dinge zu tun, die viele Menschen unter denselben Umständen vermutlich nicht einmal begonnen hätten.

Wir verursachten keine Probleme.

Wir lösten Probleme.

Wir entzogen uns keiner Verantwortung.

Wir übernahmen Verantwortung – für etwas, das wir nicht verursacht hatten.

Und genau hier zeigt sich einer der tiefsten Widersprüche dieser gesamten Geschichte.

Denn während konkrete Beweise dafür existieren, dass wir das Haus reparierten, kommunizierten und versuchten, Stabilität zu schaffen, entstand parallel dazu ein völlig gegenteiliges Bild – jenes eines „Problems“, das beseitigt werden müsse.

In genau jenem Moment, als ein anonymes Schreiben begann, innerhalb von Institutionen zu kursieren und reale Folgen auszulösen, wurde dessen Inhalt auch unserem Vermieter vorgelegt.

Seine Reaktion war unmittelbar.

Er erklärte, etwas Vergleichbares in dieser Form noch nie gesehen zu haben – nicht bloß als Beobachter, sondern als Arzt, Universitätsprofessor und jemand, der Pavol Pribelas Gesundheitszustand aus eigener Kenntnis beurteilen konnte.

Aus seiner Sicht war die Behauptung, es handle sich um eine simulierte Erkrankung, fachlich unhaltbar.

Nicht auf der Ebene persönlicher Meinung, sondern aus professioneller Perspektive.

Gleichzeitig äußerte er eine weitere Einschätzung, die der gesamten Situation eine zusätzliche Dimension verlieh: Er sehe mögliche Verbindungen zwischen lokalen Strukturen und Personen aus dem Umfeld Hallein.

Nicht als öffentliche Anschuldigung, sondern als Einschätzung eines Menschen, der über genügend Informationen verfügte, um sich ein eigenes Bild zu machen.

Genau an diesem Punkt hört die Geschichte auf, wie eine Reihe voneinander getrennter Zufälle zu wirken.

Denn ein anonymes Schreiben mit detaillierten Informationen aus dem Privatleben, juristische Schritte mit denselben wiederkehrenden Motiven und Aussagen aus unterschiedlichen Umfeldern begannen plötzlich ein Gesamtbild zu formen – und damit eine einfache Frage aufzuwerfen:

Woher stammen all diese Informationen? Und wem nützen sie?

Im selben Zeitraum, in dem auf Grundlage dieses anonymen Schreibens tatsächlich versucht wurde, die Invaliditätspension aberkennen zu lassen, geschah parallel etwas Weiteres, das unsere öffentliche Position massiv beschädigte:

Ein medialer Angriff begann.

Ein Artikel stellte uns als Problem dar – nicht als Menschen, die versuchten, konkrete Fakten offenzulegen. Die Darstellung übernahm einseitig die Aussagen der Gegenseite, ohne unsere Dokumente, Beweise oder Unterlagen angemessen zu berücksichtigen.

Die Folgen waren unmittelbar.

Es entstand ein Bild, das uns als unglaublich, konflikthaft und gefährlich darstellte – mit direkten Auswirkungen auf unseren Namen, unsere gesellschaftliche Stellung und unsere Möglichkeiten, uns zu verteidigen.

Und genau darin liegt das Kernproblem.

Denn während gleichzeitig versucht wurde, unseren Gesundheitszustand mithilfe eines anonymen

Schreibens infrage zu stellen, verstärkte öffentlicher medialer Druck genau dieselbe Erzählung.

Nicht wie ein Zufall.

Sondern wie eine Abfolge von Ereignissen, die ineinandergreifen.

Auf der einen Seite ein anonymes Schreiben, das den Gesundheitszustand anzweifelt.

Auf der anderen Seite ein öffentlicher Raum, der die Glaubwürdigkeit infrage stellt.

Und dazwischen ein Mensch, der versucht, sich zu verteidigen.

Im selben Zeitraum, in dem die Aberkennung der Pension versucht und der mediale Druck aufgebaut wurde, trat schließlich eine dritte Ebene hinzu:

Das Gericht.

Insbesondere die Richterin, die den Fall behandelte und deren Vorgehen inzwischen selbst Gegenstand von Rechtsmitteln geworden ist.

Und genau hier schließt sich das Gesamtbild.

Alle Fakten, alle Abläufe und alle Zusammenhänge ergeben das Bild einer repressiven Reaktion von Machtstrukturen auf Menschen, die Missstände aufzeigen und Rechte im Namen von Wahrheit und Gerechtigkeit einfordern.

Auf der einen Seite ein anonymes Schreiben, das den Gesundheitszustand infrage stellt. Auf der anderen Seite Medienberichte, die die Glaubwürdigkeit untergraben. Und auf einer dritten Ebene ein Gerichtsverfahren, in dem sogar die Unparteilichkeit der Entscheidung selbst zum Thema wird.

Keine isolierten Ereignisse. Sondern drei parallele Linien, die sich zeitgleich entwickeln und denselben Effekt erzeugen: Druck.

Ab diesem Punkt lässt sich der Fall jedoch nicht mehr auf bloße „Behauptungen“ reduzieren. Denn vieles von dem, was als erfunden oder unwahr bezeichnet wurde, existiert in realer, physischer Form.

Im unmittelbaren Umfeld einer Wasserquelle wurden Geländeaufschüttungen und Materialien dokumentiert, die typische Merkmale von Bauschutt aufweisen – eine Mischung aus Steinen, Erde und weiteren Rückständen, deren Herkunft und Ablagerung bislang nicht schlüssig erklärt wurden.

Dabei handelt es sich nicht um Interpretationen, sondern um sichtbare, dokumentierbare und überprüfbare Zustände.

Und genau hier entsteht ein zentraler Widerspruch, der weit über einen persönlichen Konflikt hinausgeht.

Auf der einen Seite steht eine physische Realität: Eingriffe ins Gelände, Aufschüttungen, der Verdacht möglicher Kontaminationen, unterstützt durch Wasseranalysen, die Schwermetalle nachweisen. Auf der anderen Seite stehen offizielle Aussagen, die diese Tatsachen relativieren oder als unbegründet darstellen.

Es geht daher längst nicht mehr um Meinungen, sondern um die Frage, warum zwischen der sichtbaren Realität und offiziellen Schlussfolgerungen eine derart gravierende Diskrepanz besteht.

Bereits im Januar 2026 beschlossen wir, nicht länger passiv auf die Entwicklung der Situation zu warten, sondern den rechtsstaatlichen Weg zu gehen und uns direkt an die zuständigen Behörden zu wenden.

Am 15. Januar 2026 übermittelten wir eine offizielle Anzeige an das BAK – das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung –, in der wir die bis dahin dokumentierten Ereignisse detailliert schilderten und eine sofortige Untersuchung forderten.

Dabei äußerten wir keine allgemeinen Vermutungen, sondern benannten konkrete Tatsachen: Namen von Personen, die aus unserer Sicht involviert sein könnten, Verdachtsmomente hinsichtlich

Amtsmissbrauchs, mögliche Manipulationen offizieller Dokumente sowie Verbindungen zwischen verschiedenen Akteuren, die nach unserer Einschätzung nicht zufällig erschienen.

Wir ersuchten ausdrücklich darum, Kommunikationsdaten zwischen den betreffenden Personen zu sichern und auszuwerten, um objektiv prüfen zu können, ob koordinierte Abläufe vorlagen.

Ein zentraler Bestandteil unserer Meldung betraf zudem Bedrohungen, die wir in unserem unmittelbaren Umfeld wahrgenommen hatten – Aussagen und Verhaltensweisen, die auf ein mögliches physisches Risiko für unsere Sicherheit hindeuteten. Deshalb forderten wir eine umgehende Überprüfung im Hinblick auf die Gefahr für unser Leben und unsere Gesundheit.

Diese Sorgen beruhten nicht nur auf unserer subjektiven Wahrnehmung. Auch unser Vermieter – Universitätsprofessor und Arzt – hielt die Situation für derart ernst, dass er uns persönlich eindringlich zur Vorsicht aufforderte.

Wir informierten außerdem darüber, dass dieselben Sachverhalte bereits anderen Institutionen gemeldet worden waren, darunter regionalen Behörden und Staatsanwaltschaften. Gleichzeitig machten wir darauf aufmerksam, dass trotz des Zeitablaufs keinerlei konkrete Ergebnisse oder Informationen über den Stand der Verfahren vorlagen.

Unsere Meldung an das BAK war also nicht der erste Schritt.

Sie war der Versuch, einen Prozess aufzuhalten, der sich zunehmend verschärfte.

Wir verlangten nur eines: dass unsere Hinweise unabhängig und ernsthaft geprüft, Beweise gesichert und die Situation bewertet werden, bevor irreversible Folgen eintreten.

Die Antwort, die wir erhielten, beantwortete diese Fragen jedoch nicht.

Und vor allem stoppte sie nicht das, was danach geschah.

Mit der Zeit blieb es nicht mehr bei formeller Kommunikation. Behörden setzten konkrete Maßnahmen.

Es wurde eine Überprüfung der Wasserversorgung angeordnet – nicht nur administrativ, sondern auch technisch, einschließlich Bohrungen und Untersuchungen des tatsächlichen Zustands des Bodens.

Eine zentrale Frage lautete dabei, wie es möglich sein konnte, dass ein nach 2020 errichtetes Gebäude an eine private Wasserquelle angeschlossen wurde, obwohl das letzte verfügbare Register zu diesem Versorgungssystem aus dem Jahr 1990 stammte.

Ein Umstand, der grundlegende Fragen zur Rechtmäßigkeit, Kontrolle und Kontinuität der Wasserversorgung aufwirft.

Die Überprüfungen beschränkten sich nicht auf die Wasserqualität. Sie umfassten physische Eingriffe ins Gelände, insbesondere Bodenuntersuchungen in einem Hangbereich, in dem der Verdacht bestand, dass dort Materialien lagerten, die sich dort nicht befinden dürften – darunter potenziell gefährliche Stoffe wie Asbest.

Dies ist nicht mehr die Ebene von Vermutungen.

Es ist die Ebene, auf der der Staat selbst anerkennt, dass überprüft werden muss, was sich tatsächlich vor Ort befindet.

Zu diesem Zeitpunkt ging es nicht mehr um Missverständnisse oder unterschiedliche Meinungen, sondern um eine Kette konkreter Maßnahmen mit klar erkennbarer Richtung.

Initiativen der Bürgermeisterin, ihre Aussagen vor Gericht und parallele Verwaltungsmaßnahmen zeichneten zunehmend das Bild eines einzigen Ziels: uns um jeden Preis aus dem Haus zu entfernen – unabhängig von Realität, Fakten und Folgen.

Gleichzeitig existiert jedoch eine dokumentierte zeitliche Abfolge, die nicht ignoriert werden kann.

Wir waren die Ersten, die als Bürger Hinweise meldeten und auf mögliche Rechtsverletzungen sowie technische und ökologische Risiken aufmerksam machten.

Diese Hinweise wurden weder öffentlich noch medial verbreitet, sondern ausschließlich an jene Behörden übermittelt, die laut Gesetz zuständig sind.

Erst danach begannen offizielle Prüfungen – unter Beteiligung des BAK, der Generalstaatsanwaltschaft, Umwelt- und Raumordnungsbehörden sowie Bezirksstellen, die konkrete Entscheidungen, technische Zustände und Verfahren im betreffenden Gebiet untersuchten.

Und genau in diesem Moment kam die Wende.

Nicht Schutz.

Nicht Aufklärung.

Sondern ein Angriff.

Gegen uns wurde eine Strafanzeige eingebracht, in der plötzlich wir als Verantwortliche dargestellt wurden – obwohl die zeitliche Abfolge eindeutig ist: zuerst die Hinweise, dann die Prüfungen und erst danach die Vorwürfe gegen uns.

Diese Reihenfolge ist kein Zufall.

Sie trägt vielmehr die Merkmale eines Instruments, das dazu dient, jene zum Schweigen zu bringen, die auf Probleme hingewiesen haben.

Hinzu kamen Aussagen, die die Situation nicht klärten, sondern relativierten – verbunden mit Warnungen an Medien, keine „falschen Informationen“ zu veröffentlichen, und dem Hinweis darauf, wie rasch ein Ruf beschädigt werden könne.

Gerade das ist entscheidend.

Denn statt sich mit dem Kernproblem auseinanderzusetzen, verlagerte sich die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Kontrolle der Erzählung: darauf, was gesagt werden darf – und was nicht.

Währenddessen setzte sich der Druck in der Realität fort: Räumungsversuche, Verwaltungsmaßnahmen und Verfahren mit einem einzigen praktischen Effekt – uns aus dem Lebensraum zu verdrängen, in dem wir wohnten.

Und genau hier entsteht eine Frage, die nicht mehr nur persönlich, sondern systemisch ist:

Wo befindet sich das BAK, wenn Verdachtsmomente gegen Amtsträger auftreten?

Wo befindet sich die Generalstaatsanwaltschaft, wenn Bürgerrechte auf dem Spiel stehen?

Wo befindet sich der Staat, wenn Instrumente der Justiz zu Instrumenten des Drucks werden?

Wo bleiben jene verfassungsrechtlichen Grundsätze, die besagen, dass alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind?

Denn wenn diese Fragen unbeantwortet bleiben, geht es längst nicht mehr um einen Einzelfall.

Dann geht es um einen Präzedenzfall.

Am 3. März 2026 erhielten wir eine Vorladung zu einer Einvernahme am 19. März.

Trotz der gesetzlichen Fristen entschieden wir uns, sofort zu handeln – nicht als Beschuldigte, sondern als Menschen, die an Gerechtigkeit glauben.

Wir erschienen freiwillig bei der Polizeiinspektion Ratten und übergaben dem Ermittler mehr als 150 Seiten an Beweismaterial, das aus unserer Sicht belegte, dass die gegen uns gerichtete Anzeige missbräuchlich war, Merkmale einer SLAPP-Vorgehensweise aufwies und dass wir tatsächlich auf schwerwiegende Missstände hingewiesen hatten.

Nur zwei Tage später, am 5. März, hätte ich mich einer lebenswichtigen MRT-Untersuchung unterziehen sollen, die von Ärzten aufgrund des Verdachts auf eine metastatische Erkrankung als

dringend eingestuft worden war.

Es handelte sich nicht um eine Routinekontrolle.

Es war ein entscheidender Moment, der den gesamten weiteren Behandlungsverlauf beeinflussen konnte.

Während wir uns auf der Polizeidienststelle befanden, ging Michaela ins Obergeschoss, um mit den Beamten zu sprechen. Sie zeigte ihnen die SMS mit dem Untersuchungstermin, CT-Befunde sowie medizinische Unterlagen, die die Ernsthaftigkeit der Situation belegten.

Die Beamten schlossen sich daraufhin etwa zwölf Minuten lang in einem Raum ein.

Zu diesem Zeitpunkt glaubten wir noch, dass die Fakten verstanden würden.

Doch das geschah nicht.

Anstatt die Beweise entgegzunehmen, anstatt den Gesundheitszustand und die medizinische Dringlichkeit zu respektieren, behielten die Beamten Michaelas Reisepass ein und nahmen anschließend die Kennzeichen unseres Fahrzeugs ab.

Das war kein bloßer Verwaltungsakt.

Es war ein Eingriff, der uns faktisch sofort unserer Bewegungsfreiheit beraubte.

Und genau hier begann eine Kette von Ereignissen mit direkten gesundheitlichen Folgen.

Trotz wiederholter Erklärungen, trotz des Hinweises, dass wir ohne Fahrzeug das Krankenhaus nicht erreichen könnten, trotz der Tatsache, dass den Beamten Unterlagen über eine schwere onkologische Erkrankung und einen dringenden Untersuchungstermin vorlagen – all dies wurde ignoriert.

Wir wurden ohne Möglichkeit zurückgelassen, wegzufahren. Dem Stress, der Kälte und völliger Hilflosigkeit ausgeliefert.

Laut medizinischer Dokumentation kam es in weiterer Folge zu einer akuten Dekompensation des Gesundheitszustandes, verursacht durch die Kombination aus extremer psychischer Belastung, physischem Stress und mehr als fünfstündiger Exposition gegenüber Temperaturen nahe dem Gefrierpunkt ohne Schutzmöglichkeit.

Dies führte zu einer Verschlechterung der onkologischen und respiratorischen Werte, die später auch im Rahmen einer Krankenhausbehandlung dokumentiert wurde.

Was als Polizeikontrolle begann, führte faktisch zur Unterbrechung einer lebenswichtigen Diagnostik, zur Verschlechterung des Gesundheitszustandes und zur direkten Gefährdung eines schwerkranken Menschen.

Genau davor hatten wir gewarnt.

Wir haben erklärt. Wir haben gebeten. Wir haben darauf hingewiesen, dass die Wegnahme unserer Mobilität unser Leben gefährden würde.

Niemand hörte zu.

Und genau das trat ein.

Als sich die Situation weiter zuspitzte, wandten wir uns nicht mehr nur an lokale Behörden, sondern direkt an die höchsten Institutionen des Staates.

Wir schrieben an das BAK.

Wir schrieben an die Generalstaatsanwaltschaft.

In mehreren Eingaben forderten wir lediglich eines: dass unsere prozessuale Stellung überprüft wird und wir nicht künstlich in der Rolle der Verantwortlichen gehalten werden, obwohl wir diejenigen waren, die Missstände gemeldet hatten.

Es ging nicht um Formalitäten.

Es ging um Schutz.

Es ging um Gerechtigkeit.

Es ging um die Wiederherstellung eines Gleichgewichts in einem Verfahren, in dem wir trotz Kooperation und Beweisen zunehmend selbst die Konsequenzen trugen.

Dieses Paradox formulierten wir klar: Menschen, die Beweise vorlegen, dürfen nicht gleichzeitig systematisch wie Beschuldigte behandelt werden.

Die Reaktion des Systems offenbarte jedoch etwas noch Schwerwiegenderes.

Die Generalstaatsanwaltschaft teilte uns mit, dass sie weder direkt ermittle noch die Ermittlungen selbst überprüfe und unsere Eingabe lediglich weitergeleitet worden sei – ohne Intervention, ohne Stopp der Situation und ohne echte institutionelle Bewertung auf jener Ebene, an die wir uns gewandt hatten.

Auch weitere Anzeigen wurden lediglich zwischen unterschiedlichen Staatsanwaltschaften weitergereicht, ohne konkrete inhaltliche Antwort und ohne die beantragte Schutzmaßnahme.

Und so verging die Zeit.

Nicht Tage. Nicht Wochen.

Sondern fast zwei Monate.

Zwei Monate, in denen wir uns in einer absurden Situation befanden: Einerseits lieferten wir Beweise und ersuchten um Überprüfung. Andererseits stieg der Druck Tag für Tag weiter an.

Ohne Antwort.

Ohne Schutz.

Ohne Eingreifen.

„Wenn Gerechtigkeit von Institution zu Institution weitergereicht wird, ohne dass irgendjemand Verantwortung übernimmt, hört sie auf zu existieren.“

Nein – das ist längst kein Problem bloßer Langsamkeit mehr.

Es ist eine Frage der Selektivität.

Denn wenn es um gewöhnliche Bürger geht, weiß das System sehr wohl, wie man schnell, präzise und konsequent handelt.

Entscheidungen werden innerhalb weniger Tage getroffen, Sanktionen sofort umgesetzt und Eingriffe entfalten unmittelbare Folgen für das Leben der Betroffenen.

Man muss nur auf den Verwaltungsbescheid vom 5. März 2026 blicken, basierend auf einem Vorfall vom 4. März, der sofortige Sanktionen und direkte rechtliche Konsequenzen auslöste.

Ebenso schnell kann auch über die berufliche Existenz eines Menschen entschieden werden: Trotz gesundheitlicher Probleme, objektiver Schwierigkeiten und des Versuchs weiterzuarbeiten erfolgt eine Kündigung, ohne die Gesamtsituation zu berücksichtigen.

Hier zögert das System nicht.

Hier wartet das System keine Monate.

Hier handelt das System sofort.

Und genau deshalb lässt sich eine Frage nicht länger vermeiden:

Warum verschwinden dieselbe Geschwindigkeit, dieselbe Präzision und dieselbe Entschlossenheit plötzlich dann, wenn Verfahren Personen mit Einfluss, Macht oder politischem Schutz betreffen?

Denn das Problem ist nicht, dass das System nicht funktioniert.

Das Problem ist, dass es funktioniert – aber offenbar nicht für alle gleich.

Dann kam die letzte Phase.

Nicht als Zufall.

Nicht als lose Aneinanderreihung einzelner Ereignisse.

Sondern als Ergebnis all dessen, was sich in den Monaten zuvor aufgebaut hatte.

Zuerst kamen die Hinweise.

Dann die anonymen Angriffe.

Dann die Eingriffe in Arbeit, Wohnen, Namen und Gesundheit.

Und jedes Mal, wenn wir versuchten, uns zu verteidigen, wenn wir eine Eingabe machten oder Fakten vorlegten, folgte nahezu unmittelbar eine neue Reaktion des Systems.

Ein weiterer Schritt.

Ein weiterer Druck.

Nicht eine einzelne Behörde. Nicht eine einzelne Entscheidung.

Sondern eine Reihe von Maßnahmen, die zeitlich exakt ineinandergriffen und einen fortlaufenden Prozess bildeten.

Der Wendepunkt kam Anfang März 2026.

Am 4. März wurden uns die Kennzeichen abgenommen – nicht bloß administrativ, sondern faktisch als Entzug unserer Mobilität, unserer Möglichkeit, Ärzte zu erreichen und ein normales Leben zu führen.

Die Folgen waren unmittelbar.

Wir konnten notwendige medizinische Untersuchungen nicht wahrnehmen.

Doch damit nicht genug.

Wenige Tage später ereignete sich etwas, das nicht mehr als gewöhnlicher Nachbarschafts- oder Rechtskonflikt betrachtet werden konnte.

Am 9. März 2026 erschienen auf unserem Grundstück mehrere Personen, die nicht eindeutig identifizierbar waren.

Die Überwachungskameras zeigten, wie sie sich rund um das Haus bewegten, ohne üblichen Kontaktversuch oder formelle Verständigung. Ihr Verhalten entsprach aus unserer Sicht keinem gewöhnlichen behördlichen Vorgehen.

Auf einem der Videos ist zu erkennen, dass zumindest eine Person einen Gegenstand an der Hüfte trug, der aufgrund seiner Form als Waffe interpretiert werden konnte.

Für uns war dies ein entscheidender Moment.

Nicht weil bestätigte Gewalt ausgeübt worden wäre. Sondern weil dieses Ereignis – im Kontext aller vorangegangenen Drohungen, Drucksituationen sowie Eingriffe in Gesundheit, Wohnen und Alltag – als reale Gefahr wahrgenommen wurde.

Die Polizei war vor Ort und beendete die Situation.

Doch allein die Tatsache, dass sie überhaupt stattfinden konnte, bleibt Teil des Gesamtbildes.

Währenddessen setzte sich der Druck an anderen Stellen fort: im Arbeitsleben, wo eine normale Anwesenheit faktisch unmöglich geworden war; in Verfahren, in denen unsere Beweise kaum berücksichtigt wurden; und im öffentlichen Raum, in dem Aussagen verbreitet wurden, ohne dass wir uns wirksam verteidigen konnten.

Dann folgte der nächste Schritt:

Die Kündigung.

Nicht als isolierte Entscheidung, sondern als direkte Folge all jener Eingriffe zuvor – Verlust der Mobilität, gesundheitliche Verschlechterung und zunehmender psychischer Druck.

Alles griff ineinander. Schritt für Schritt. Entscheidung für Entscheidung.

Ohne Raum für eine echte Verteidigung.

Und schließlich erreichte der Druck einen Punkt, an dem es nicht mehr nur um Recht ging.

Sondern ums Überleben.

Wir sahen uns gezwungen, Schutz zu beantragen, weil wir konkrete Gründe hatten anzunehmen, dass das Ziel längst nicht mehr nur ein juristischer Konflikt war, sondern eine physische und existenzielle Zerstörung: Verlust von Zuhause, Gesundheit und Sicherheit.

Heute erkennen wir darin keine Zufälle mehr.

Sondern eine Abfolge von Ereignissen, bei der jeder Schritt zur nächsten Konsequenz führte – bis zu einem Endpunkt.

Und dieser Endpunkt war weder ein Gerichtsurteil noch eine formelle Entscheidung.

Dieser Punkt war der Moment, in dem unser Hund Riki – ein Lebewesen, das uns sein Leben lang bedingungslos liebte und beschützte – die Angst, den Druck und die ständige Anspannung um uns herum so intensiv wahrnahm, dass er alles gab, was ihm noch blieb, um uns zu schützen.

Und schließlich in unseren Armen starb.

Nicht weil er alt war.

Sondern weil er die Last jener Konsequenzen trug, die das System selbst nicht zu tragen bereit war.

Appell an die Republik Österreich als Mitgliedstaat der Europäischen Union

Auf Grundlage aller vorgelegten Beweise, technischer Gutachten und dokumentierter gesundheitlicher Folgen richten wir eine klare Frage an die Republik Österreich:

Wer schützt die Opfer?

In diesem Fall wurde nachgewiesen, dass die langfristige Exposition gegenüber der toxischen Substanz 1,2-Dichlorethan schwerwiegende gesundheitliche Folgen für die betroffenen Personen hatte – darunter Schäden an der Lunge sowie am zentralen Nervensystem.

Trotz vorhandener Messungen, technischer Schlussfolgerungen und eines klaren zeitlichen Zusammenhangs zwischen den unterhalb des Wohngebäudes durchgeführten Aktivitäten und dem Gesundheitszustand der Betroffenen erfolgte weder ein wirksames Einschreiten noch Schutz oder eine faire und unabhängige Bewertung der Situation.

Im Gegenteil: Die betroffenen Personen befanden sich zunehmend in einer Lage, in der

- ihre Beweise nicht angemessen berücksichtigt wurden,
- Ermittlungen wiederholt in andere Richtungen gelenkt wurden,
- relevante Tatsachen infrage gestellt oder ignoriert wurden,
- und jene Personen, gegen die sich die Verdachtsmomente richteten, ihre Aktivitäten ohne wesentliche Konsequenzen fortsetzen konnten.

Diese Situation schafft einen gefährlichen Präzedenzfall.

Einen Präzedenzfall, in dem die Gesundheit eines Menschen zerstört, seine Lebensgrundlage vernichtet und er anschließend mit einem System konfrontiert wird, das nicht das Opfer schützt, sondern Druck auf dieses ausübt.

Deshalb stellen wir die Frage:

Wie ist es möglich, dass bei derart schwerwiegenden gesundheitlichen Folgen kein unmittelbarer Schutz für die Betroffenen gewährleistet wurde?

Warum wurden nicht sämtliche Beweise unabhängig bewertet – frei von Einfluss durch Position, Funktion oder gesellschaftlichen Status der beteiligten Personen?

Warum entsteht der Eindruck, dass ein System, das Gleichheit vor dem Gesetz garantieren sollte, in Wahrheit selektiv schützt?

Gleichheit vor dem Gesetz darf keine bloße Erklärung bleiben. Sie muss gelebte Realität sein.

Wenn der Staat nicht in der Lage ist, Menschen in Situationen zu schützen, in denen konkrete Hinweise auf eine Gefahr für Gesundheit und Leben vorliegen, dann versagt er in seiner grundlegendsten Funktion.

Wir verlangen keine Privilegien.

Wir verlangen etwas, das selbstverständlich sein sollte: Schutz, Wahrheit und Gleichheit vor dem Gesetz.

Dieser Fall dauert nicht Tage und nicht Monate.

Er dauert seit neun Jahren.

Neun Jahre, in denen es längst nicht mehr nur um einen juristischen Konflikt ging, sondern um die schrittweise Zerstörung eines Lebens.

Um den Verlust der Gesundheit, dokumentiert durch technische Beweise.

Um die Zerrüttung von Familien.

Um die systematische Zerstörung der Würde von Menschen, die sich entschieden haben, nicht zu schweigen.

Und um das wiederholte Ignorieren von Tatsachen, die eigentlich Grundlage jeder rechtsstaatlichen Entscheidung sein müssten.

Doch der erschütterndste Punkt dieses Falles ist nicht allein das Versagen des Systems.

Der erschütterndste Punkt ist, dass ein unschuldiger Zeuge zum Schweigen gebracht wurde.

Nicht ein Mensch, der sprechen konnte.

Nicht jemand, der manipulieren konnte.

Sondern ein Lebewesen ohne Stimme.

Ein Hund.

Ein Wesen, dessen Tod – neben der Tragik an sich – eine dunkle und bedrohliche Botschaft hinterlässt.

Sein Tod ist nicht nur eine persönliche Tragödie.

Er ist eine Konsequenz.

Die Konsequenz eines Umfelds, in dem der Druck immer weiter steigt, Warnungen ignoriert werden und Gerechtigkeit zu spät kommt.

Er ist das Symbol dessen, wohin ein System führen kann, das die Schwächsten nicht schützt. Das nicht reagiert. Das zulässt, dass jene, die auf Probleme hinweisen, unter Druck gesetzt werden, statt Schutz zu erhalten.

Und deshalb stellen wir heute nicht mehr nur Fragen.

Heute ziehen wir eine Grenze.

Wo ist der Staat, wenn Menschen einer konkreten Gefahr für Gesundheit und Leben ausgesetzt sind?

Wo ist die Gerechtigkeit, wenn Beweise existieren, aber keinen Schutz bewirken?

Wo ist die Gleichheit vor dem Gesetz, wenn das System schnell gegen Schwache handelt, aber zögert, sobald Macht im Spiel ist?

Wenn es in diesem Fall keinen Zeitpunkt gab, an dem jemand „genug“ gesagt hat, dann muss dieser Zeitpunkt jetzt kommen.

Wir verlangen keine Sonderbehandlung.

Wir verlangen keine Vorteile.

Wir verlangen das, was die Grundlage jedes Rechtsstaates sein sollte:

- Schutz der Opfer
- Wahrheit auf Grundlage von Fakten
- Gleichheit vor dem Gesetz – für alle gleichermaßen

Für jene, die noch sprechen können.

Und für jene, die keine Stimme mehr haben.

Aus Erinnerung an Riki veröffentlichten Pavol Pribela und Michaela Povalová das Buch „Mein Held, Riki“, das kostenlos als Download verfügbar ist.

Mein Held, Riki - <https://drive.google.com/file/d/1Met7jVlAXjoalB0MIVfISH4P2PUD4I6J/view?usp=sharing>